

Der Kampf gegen links in wissenschaftlichem Gewand¹

Maximilian Fuhrmann (2018)

¹ Teile dieses Artikels sind bereits in einer Rezension auf freitag.de erschienen.

² Deshalb und um zu verdeutlichen, dass es sich um eine unpräzise Fremdschreibung handelt, setze ich „Linksextremismus“ in Anführungszeichen. Eine Zurückweisung dieser Kategorie möchte ich nicht als Leugnung problematischer Entwicklungen in der radikalen Linken verstanden wissen. Freilich gibt es in Strömungen, die sich in einer linkspolitischen Tradition verorten Autoritarismus, Antisemitismus oder menschenverachtende Gewalthandlungen. In der Kategorie „Linksextremismus“ werden diese Strömungen jedoch mit radikaldemokratischen Positionen in einen Topf geworfen. Dies führt einerseits zur Delegitimierung radikaler Gesellschaftskritik und andererseits zur Verschleierung der genannten Probleme.

³ Die Mittel kamen aus dem Bundesprogramm „Initiative Demokratie stärken“, das von der damaligen Ministerin Kristina Schröder (CDU) aufgelegt wurde.

Seit Mitte der 1970er Jahre hat sich der Extremismusbegriff zur Bezeichnung der „Feinde der Demokratie“ im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland (BRD) festgesetzt. Er ist Ergebnis des Versuchs der damaligen sozialliberalen Bundesregierung den aggressiven Antikommunismus der 1950er und 1960er Jahre in rechtsstaatliche Bahnen zu lenken. Reichten im Nachkriegsdeutschland schon eine Unterschrift gegen die Aufrüstung der BRD oder Kontakte in die DDR aus, um als Kommunist_in und damit Verfassungsfeind_in zu gelten, leitet sich der Extremismusbegriff als Antithese zur freiheitlich demokratischen Grundordnung (fdGO) ab. Er ist rein negativ bestimmt. Dies hat den Vorteil, sämtliche als verfassungsfeindlich deklarierten Strömungen unter einen Begriff zu subsumieren und somit auch der ideologischen Ausdifferenzierung der radikalen Linken seit Mitte der 1960er Jahre Rechnung zu tragen. Sowohl die verschiedenen Strömungen der Neuen Linken als auch orthodox kommunistische Gruppen können mit der Unterkategorie Linksextremismus gefasst werden. Heute arbeiten vor allem die Sicherheitsbehörden mit dem Linksextremismusbegriff. In den Sozialwissenschaften wird er hingegen gemieden, da bislang kein konsistentes soziales Phänomen „Linksextremismus“ ausgemacht werden konnte, das unter Zuhilfenahme dieses Begriffs erforscht wird.² Während weitgehend Einigkeit darüber besteht, dass sich ein rechtsextremes Weltbild aus Rassismus, Antisemitismus, Homophobie, Antiziganismus etc. zusammensetzt, gelang es der finanziell nicht zu knapp ausgestatteten Extremis-

musforschung noch nicht darzulegen, was ein „linksextremes“ Einstellungsmuster ausmacht. Genau dieses Einfallstor für Kritik am Extremismusparadigma versprochen Klaus Schroeder und Monika Deutz-Schroeder, Mitarbeiter_innen des Forschungsverbunds SED-Staat an der FU Berlin, zu schließen. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) führten sie von 2012 bis 2014 das Forschungsprojekt „Demokratiegefährdende Potenziale des Linksextremismus in Deutschland“ durch.

Es mag verwundern, dass sich ausgerechnet DDR-Forscher_innen diesem Thema zuwenden. Die 455.763€, die der Forschungsverbund laut Bundesregierung für sein Vorhaben erhielt, waren vermutlich ein wichtiger Anreiz.³ Zudem fügt sich der Forschungsauftrag in die bisherige Ideologieproduktion des Forschungsverbundes ein. Bereits mit der Namensgebung „SED-Staat“ wird die vermeintliche Ähnlichkeit des Forschungsgegenstandes zum „NS-Staat“ suggeriert. Veröffentlichungen des 1992 gegründeten Verbundes lesen sich wie ein Versuch, das Totalitarismusparadigma des Kalten Krieges ins 21. Jahrhundert zu überführen. So plädieren Schroeder und Co in ihrer 2012 veröffentlichten Studie „Später Sieg der Diktaturen? Zeitgeschichtliche Kenntnisse und Urteile von Jugendlichen“ dafür, in der historischen Bildung den Unterschied zwischen Diktatur und Demokratie stärker hervorzuheben. Zudem sollten sich die Bildungsmaßnahmen an den Werten der fdGO orientieren (kritisch hierzu Siebeck 2013). Beide Forderungen reden einer Ideali-

sierung des Status quo das Wort und rücken jene Stimmen, die der fdGO nicht huldigen, sondern deren Genese und Rolle kritisch hinterfragen, in den Verdacht des totalitären Gedankenguts. In dieser Tradition steht auch die Extremismusforschung. Von daher überrascht es nicht, dass sich die Schroeders der Erforschung des „Linksextremismus“ zuwenden.

Die Ergebnisse der Untersuchung wurden am 23. Februar 2015 veröffentlicht und medial breit rezipiert. Am Tag darauf titelte die Welt „Jeder Fünfte will eine linke Revolution“. Auch der Tagesspiegel weiß: „Ein Fünftel der Deutschen ist zur Revolution bereit“. „Linksextreme Einstellungen sind deutlich weiter verbreitet als rechtsextreme“, wird Klaus Schroeder auf der deutschen Welle zitiert und die Zeit titelt mit dem Zitat von ihm: „Die Gesellschaft ist nach links gerückt“. Die FAZ überlässt es den Schroeders gänzlich selbst, einen ausführlichen Artikel über ihr Buch „Gegen Staat und Kapital – für die Revolution! Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie“ zu schreiben. Mit diesen Schlagzeilen wurden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit schmackhaft gemacht: 17 % der Deutschen hätten ein „linksextremes“ Weltbild; 60 % der Ostdeutschen hielten den Sozialismus für eine gute Idee und 14 % aller „Linksextremist_innen“ würden die Anwendung von Gewalt befürworten. Weder in den Interviews noch in den Artikeln über die Studie wurden die Untersuchungsansätze und Ergebnisse kritisch hinterfragt. Es wirkt so, als wäre lediglich die ausführliche Pressemitteilung der FU übernommen worden und keine_r der Journalist_innen hätte einen Blick in das Buch geworfen. Wieso sollte dies auch notwendig sein? Die Studie wurde von einem Professor durchgeführt, der an einer renommierten Universität lehrt. Sie erschien in einem seriösen Verlag und umfasst 653 Seiten. Bei so viel Wissenschaftlichkeit ist an den Ergebnissen nicht zu zweifeln. Ein Jahr später legten die Schroeders nach und veröffentlichten auf 411 Seiten einen etwas anders aufbereiteten Aufguss der bisherigen Studie unter dem Titel „Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Befragungen, Statistiken und Analysen“. Einige Passagen sind der Veröffentlichung von 2015 fast wörtlich entnommen (vgl. 2015: 594–597 bzw. 2016: 82–85).⁴ Wer, wie der Autor dieser Zeilen, die insgesamt mehr als 1000 Seiten wirklich liest, wundert sich wie weit die Bezeichnung „wissenschaftlich“ ausgedehnt werden kann. Dass die beiden Bücher der Schroeders von seriöser Wissenschaft weit entfernt sind, soll durch folgende Kritikpunkte verdeutlicht werden.

Positiv formuliert decken die Bücher eine breite Themenpalette ab: u. a. den Streit um den Extremismusbegriff, Selbstdarstellungen „linksextremer“ Gruppen, Analysen zum 1. Mai, Interviews und Selbstzeugnisse von „Alt-Linken“, Befragungen von Jugendlichen in DDR-Gedenkstätten, Kritik an der Kampagne „ich bin linksextrem“ oder jene „Linksextremismusskala“, die auf große mediale Resonanz gestoßen ist und auf die ich weiter unten ausführlich eingehen werde. Eine überzeugende Verknüpfung dieser methodisch und inhaltlich sehr unterschiedlichen Kapitel geht weder aus den Einleitungen noch den Fazits der beiden Bücher

hervor. Manche Kapitel, wie jenes über den Extremismusbegriff, lesen sich wie Zusammenfassungen verschiedener Diskussionsbeiträge, gespickt mit bissigen Fußnoten der Autor_innen. Die geringe analytische Durchdringung des Materials und der fehlende rote Faden mögen darin begründet sein, dass die Schroeders umfangreiche Hilfe verschiedener Mitarbeiter_innen bei der Erstellung der mehr als tausend Seiten zur Hilfe nahmen. Die Verantwortung für die Missachtung wissenschaftlicher Standards liegt jedoch allein beim Autor_innenduo.

In den Kapiteln zu „Kontinuitäten und Brüche im Linksradikalismus/Linksextremismus“ und „Strukturen und Entwicklungslinien des aktuellen Linksextremismus“ fällt besonders deutlich auf, dass einige der aufgestellten Aussagen unzureichend belegt sind. Hauptsächlich stützen sich die Autor_innen in ihren Analysen auf Zitate, die sie der mittlerweile verbotenen Internetplattform „linksunten.indymedia.org“ entnommen haben. Sie erwähnen jedoch an keiner Stelle, dass diese Plattform keine Zugangsbeschränkungen hat und jede_r dort schreiben kann. Dass dort immer wieder Provokationen von rechts erscheinen, zeigte sich bspw. an gefälschten Bekenner_innen-schreiben u. a. bezüglich des Bombenanschlags auf den Spielerbus von Borussia Dortmund 2017 oder auf eine Moschee in Dresden 2016. Die Aussagen von dieser Plattform als Grundlage für Analysen der linken Szene zu nehmen, ist unzureichend. Sich nicht die Mühe zu machen, andere Quellen wie linke Zeitungen oder Internetseiten, die ausschließlich linkspolitischen Gruppen oder Personen zuzuordnen sind, hinzuzuziehen, ist unseriös. Obwohl also eine Validierung der Ergebnisse durch andere Quellen ausbleibt, reklamieren die Autor_innen für sich, Entwicklungen der linken Szene nachzeichnen zu können (v. a. 2016: 153–164, 192f). Politisch brisante Behauptungen wie: „Radikale Jugendliche fordern mehr Staat“ (2016: 112) oder auch heute sei eine „prinzipielle geringe Distanz linksextremer Gruppen zu linksterroristischen [Gruppen]“ festzustellen (2016: 114)⁵ kommen gänzlich ohne Belege aus. Als Quelle für linksmotivierte Straftaten dient die Internetplattform „BiblioLinX“, deren Hintergründe und Funktionsweise jedoch unerwähnt bleiben. Ein Hinweis darauf, dass der ehemalige AfD-Politiker Karsten Dustin Hoffmann für die Seite verantwortlich ist, wäre zur Einordnung der Zahlen hilfreich gewesen, v. a. da diese nicht mit anderen Quellen abgeglichen werden.

Aus dem Kapitel „Politische Einstellungen linksradikaler/linksextremer Jugendlicher“ geht weder der Feldzugang noch die Auswertungsmethode der geführten Interviews hervor. Auf eine Typenbildung oder die Darstellung von Zusammenhängen innerhalb der Interviews verzichten die Autor_innen gänzlich. Manche ihrer Schlüsse finden keine Bestätigung in den bereits selektiv zitierten Passagen. So resümieren die Schroeders zu Gewalt gegen rechts: „Gegenüber ‚Rechten‘ kennen die meisten der Befragten, auch die gemäßigten Linken, kein Pardon. Für sie sollten weder Meinungsfreiheit noch generell die Menschen- und Bürgerrechte zählen. Insofern differenzieren die Ju-

⁴ Da ich in diesem Artikel vor allem aus den beiden Büchern von Schroeder und Deutz-Schroeder zitiere, reduziere ich die Verweise auf die Jahres- und Seitenzahl.

⁵ Diese Aussage verwundert umso mehr, da sich selbst die Sicherheitsbehörden einig sind, dass aktuell keine linksterroristischen Aktivitäten in der BRD zu verzeichnen sind (BMI 2016: 104). Zu welchen linksterroristischen Gruppen nur eine geringe Distanz bestehen soll, bleibt damit völlig unklar.

⁶ Durch diesen genaueren Blick auf die Zahlen erscheint die Schlagzeile der Welt (s. o.) in einem anderen Licht. Denn viele der Befragten wünschten sich vielleicht eine Revolution, aber sicherlich keine linke.

⁷ Leider zeigten sich die Schroeders nicht bereit, die Rohdaten dieser mit öffentlichen Geldern finanzierten Studie anderen Wissenschaftler_innen zur Verfügung zu stellen. Meine Anfrage wurde zumindest negativ beschieden.

gendlichen zwischen ‚Menschen‘ und ‚Rechten‘; für letztere gelte auch keine Gewaltfreiheit. Diese Vorstellung, ‚Rechte‘ seien gleichsam ‚vogelfrei‘ klingt bei vielen Interviewten durch, ohne, dass sie es explizit äußern.“ (2016: 271). Hier stellt sich die Frage, was „klingt bei vielen Interviewten durch“ für eine analytische Kategorie sein soll, die eine solch weitreichende und umstrittene Aussage rechtfertigt. Von den 28 Interviewten befürwortet lediglich ein Interviewpartner (2016: 263) explizit den Einsatz von Gewalt gegen Personen aus dem rechten Spektrum. Die gleiche Person wird eine Seite später mit dem Satz zitiert: „Gewalt als politisches Mittel lehne ich generell ab, sei es gegen Personen oder gegen Sachen“ (2016: 264). Ein bemerkenswerter Widerspruch (oder handwerklicher Fehler bei der Zuordnung der Interviews?) auf den die Schroeders nicht eingehen. Die acht Interviewpartner_innen, die sich explizit gegen Gewalt gegen Personen aussprechen, werden in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt. Die Position der anderen 19 Interviewten bleibt uneindeutig. Scheinbar reichen diese „Belege“ jedoch aus, um im Fazit des Buches zu behaupten, „Linksextreme“ würden „Rechtsextremisten/Rechtspopulisten [...] gleichsam für vogelfrei erklären.“ (2016: 382). An dieser Stelle verzichten die Schroeders darauf, vogelfrei in Anführungszeichen zu setzen. Solche Aussagen, nach fast 400 Seiten voller Literatur und Analysen, können den Eindruck erwecken, sie seien tatsächlich auf Grundlage seriöser Wissenschaft entstanden.

Auch das Kernstück der Schroeder’schen Studie, die Linksextremismusskala, wirkt auf den ersten Blick wie das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung. Die Skala setzt sich aus 14 Fragen (Items) zusammen und ist in vier thematische Unterskalen (Anti-Kapitalismus/Anti-Faschismus, Anti-Rassismus, Demokratiefeindlichkeit, kommunismusnahes Weltbild) gegliedert. Durch die Zustimmungverteilung der knapp 1400 Befragten ergibt sich, dass 4 % aller Deutschen ein nahezu geschlossenes und weitere 13 % ein überwiegend „linksextremes“ Weltbild hätten (2016: 84). Überraschen mag die informierte Leserin, dass die meisten „Linksextremist_innen“ in ostdeutschen Kleinstädten wohnen und überdurchschnittlich oft Landwirte, Arbeiter_innen oder arbeitslos sind (2016: 75). Zudem korrespondiert die Zustimmung zur Linksextremismusskala nicht unbedingt mit der politischen Selbsteinschätzung, da 27 % derjenigen, die sich selbst als weit rechts einordnen, nach der Schroeder’schen Skala ein „linksextremes“ Weltbild haben (2015: 589). Spätestens hier sollten Zweifel aufkommen, ob die Skala wie versprochen „Linksextremismus“ misst. Positive Positionierungen zu Aussagen wie „Der Kapitalismus führt zwangsweise zu Armut und Hunger“ oder „Die deutsche Polizei ist auf dem rechten Auge blind“ (2016: 45) können schwerlich an sich als extremistisch gelten, sondern sind Ausdruck von Kritik, die durchaus belebend für eine Demokratie sein kann. Besondere Aufmerksamkeit möchte ich deshalb der Unterskala „Demokratiefeindlichkeit“ schenken, die sich aus drei Items zusammensetzt. Das Item „Unsere Demokratie ist keine echte Demokratie, da die Wirtschaft und nicht die Wähler das Sagen haben“ wird

von über 60 % der Befragten bejaht. Auch die Aussage „In unserer Demokratie werden Kritiker schnell als Extremisten abgestempelt“ erhält mit 45 % hohe Zustimmungswerte. Bemerkenswert ist, dass diese beiden sehr weich formulierten Items von AfD-Wähler_innen überdurchschnittliche Zustimmung erfahren (2015: 569, 571). Dem dritten Item „Die Lebensbedingungen werden durch Reformen nicht verbessert – wir brauchen eine Revolution“ stimmen äußerst rechts positionierte Befragte (29 %) häufiger zu als äußerst links positionierte (22 %) (2016: 46).⁶ Es kann bezweifelt werden, ob eine Zustimmung zu diesen Aussagen wirklich „Demokratiefeindlichkeit“ ausdrückt. Die Verteilung der Antworten zeigt zudem eine hohe Zustimmung bei rechts Positionierten, sodass deutlich wird, dass keine spezifisch linken Positionen abgefragt werden. Dieser Eindruck drängt sich für die gesamte Linksextremismusskala auf, wie die Autor_innen in wenigen nachdenklichen Momenten selbst andeuten. So fragen sie sich, ob manche Befragte bei Fragen zu Sozialismus nicht einen „nationalen Sozialismus“ im Kopf hätten (2015: 581) oder ob es sich bei der Zustimmung zu dem Item „Ich sehe die Gefahr eines neuen Faschismus in Deutschland“ um Wunschenken handele (2015: 578). Zusätzliche Zweifel, ob die Skala ein gesellschaftliches Potential von „Linksextremismus“ abbildet, zeigt sich an den Items, die aufgrund eines fehlenden oder sehr schwachen Zusammenhangs mit den 14 Items der Linksextremismusskala nicht in diese aufgenommen wurden. Dies betrifft klar links zu verortende Aussagen wie „Die Überwachung von linken Systemkritikern durch Staat und Polizei nimmt zu“ oder „Nationalstaaten sollten abgeschafft werden“ (2016: 47). Auch die Subskala „Pro Einwanderung“ hat keinen signifikanten statistischen Zusammenhang mit der Linksextremismusskala (2015: 584). Nach Analyse der nur selektiv veröffentlichten Daten,⁷ vermute ich, dass die Skala allenfalls ein Protestpotential gegen „die da oben“ abbilden kann. Teilweise finden diese Protestgruppen ihre politische Heimat bei der Linkspartei und ordnen sich selbst als politisch links ein. Dass sich ein signifikanter Teil der vermeintlichen „Linksextremist_innen“ aber selbst als politisch rechts bezeichnet und die AfD bevorzugt, können die Autor_innen nicht erklären. Den Schroeders gelingt es nicht, zu ergründen, was ein „linksextremes“ Weltbild ausmacht, womit die eingangs beschriebene Leerstelle in der Extremismusforschung, leer bleibt. Nach wie vor ist unklar, was autoritäre Sozialist_innen, die vielleicht mit der Skala abgebildet werden können, mit Antinationalen oder Anarchist_innen, die wohl eher nicht abgebildet werden, verbindet. Der Ansatz, eine gemeinsame Einstellung dieser Strömungen empirisch nachzuweisen, muss scheitern, da eine solche Gemeinsamkeit ideengeschichtlich schlicht nicht existiert.

Bewertet man die beiden Bücher der Schroeders als einen wissenschaftlichen Beitrag zur Erforschung von „Linksextremismus“, muss das Urteil desaströs ausfallen. Weder beinhaltet die vorliegende Studie eine übergreifende Fragestellung, noch werden die verwendeten Auswertungsmethoden transparent gemacht. Gravierend ist zudem, dass der zentrale Begriff „Linksextremismus“ unterbestimmt und viele Aussagen ohne

belastbare Belege bleiben. Trotz bzw. wegen der aufgezeigten Mängel bietet das Buch aber eine Argumentationshilfe für all jene, die nicht müde werden, vor einer „linksextremen“ Gefahr zu warnen. Die Autor_innen liefern Aussagen und Zahlen zu „Linksextremismus“, die vermeintlich wissenschaftlich fundiert sind, und mit diesen Weihen auch in den politischen Diskurs Einzug finden. Betrachtet man zudem die weitgehend unkritische mediale Rezeption der Ergebnisse ihrer Studie, kann den Autor_innen in propagandistischer Hinsicht durchaus eine gute Arbeit bescheinigt werden. Weit weniger Resonanz fand die Studie in den Wissenschaften. Selbst Anhänger_innen der Extremismusforschung wie Gereon Flümann oder der ehemalige Verfassungsschützer Armin Pfahl-Traughber lassen kein gutes Haar an den Versuchen der Schroeders „Linksextremismus“ zu ergründen (vgl. Flümann 2015; Pfahl-Traughber 2016). Dennoch hat sich der Forschungsverbund erfolgreich für ein weiteres Forschungsprojekt beworben. Das SPD-geführte Familienministerium hat Gelder aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ bereitgestellt, um „Gewaltdiskurse unter Linksradikalen/Linksextremisten“ untersuchen zu lassen. Die Ergebnisse werden – soviel kann vorweggenommen werden – erschreckend sein.

P.S.: Sind viele Mängel der beiden Bücher mit dem Ziel der Autor_innen, ein möglichst grelles Licht von der linken Gefahr zu zeichnen, zu erklären, bleibt jener Satz aus dem Buch von 2016 ein Rätsel: „Nach dem 9. November (9/11) entzündete sich der innerlinksextreme Streit am Verhältnis gegenüber Israel und den USA.“ (2016: 31) Wie kann es dazu kommen, dass zwei etablierte Wissenschaftler_innen die Anschläge auf das World Trade Center aus dem Jahr 2001 falsch datieren?

Literatur:

Bundesministerium des Innern 2016: Verfassungsschutzbericht. Berlin.

Deutz-Schroeder, Monika; Schroeder, Klaus 2016: Linksextreme Einstellungen und Feindbilder. Frankfurt a. M.

Flümann, Gereon 2015: Jeder Sechste ein Linksextremist auf der Einstellungsebene? Auseinandersetzung mit der neuen Studie zum Linksextremismus in Deutschland. In: Journal für politische Bildung. Band 5, Nr. 4, S. 79–85.

Pfahl-Traughber, Armin 2016: Eine nicht überzeugende Studie zu linksextremen Einstellungen. Abrufbar unter: <https://hpd.de/artikel/nicht-ueberzeugende-studie-linksextremen-einstellungen-13420> (Zugriff am 21.06.2018)

Schroeder, Klaus; Deutz-Schroeder, Monika 2015: Gegen Staat und Kapital – für die Revolution. Frankfurt a. M.

Siebeck, Cornelia 2013: Später Sieg des Kalten Krieges? In: Gedenkstättenrundbrief Nr. 169 (3/2013) S. 44–54.

Maximilian Fuhrmann studierte Soziologie in Marburg und promoviert zurzeit an der Universität Bremen über das politische Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland. 2011 evaluierte er Bildungsprojekte gegen „Linksextremismus“ am Deutschen Jugendinstitut e. V.